

Ulrich Brand • Mario Candeias • Barbara Fried • Benjamin Opratko •
Thomas Sablowski • Jenny Simon*

Herrschaftskritische theoretische Praxis

Politisch-biographisches Gespräch mit Alex Demirović¹

Zusammenfassung: Im Interview erzählt Alex Demirović von seiner theoretischen und politischen Sozialisation in Frankfurt im Nachgang der Student_innenbewegung und der Kritischen Theorie: Er berichtet von seiner Althusser- und Poulantzas-Lektüre der 1970er-Jahre, ebenso wie vom revolutionären Umfeld, vom Versuch der Gründung einer linkssozialistischen Partei und von den Anfängen der Grünen.

Schlagwörter: Kritische Theorie, Althusser, Poulantzas, Die Grünen

Theoretical Practice Critical of Power

Political-Biographical Conversation with Alex Demirović

Abstract: In the interview, Alex Demirović talks about his theoretical and political socialisation in Frankfurt in the aftermath of the student movement and Critical Theory: he reports on his reading of Althusser and Poulantzas in the 1970s, as well as on the revolutionary environment, the attempt to found a left socialist party and the beginnings of the Greens.

Keywords: Critical Theory, Althusser, Poulantzas, The Greens

Ulrich Brand  ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und von September 2021 bis August 2022 Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse (IFG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung. | **Mario Candeias** ist Direktor des IfG. | **Barbara Fried** ist leitende Redakteurin der Zeitschrift *Luxemburg* und stellvertretende Direktorin des IfG. | **Benjamin Opratko** ist S99-Gastprofessor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. | **Thomas Sablowski** ist Referent für politische Ökonomie der Globalisierung des IfG und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der PROKLA. | **Jenny Simon** ist Redakteurin der PROKLA.

1 Das vollständige Gespräch erscheint als Buch, weitere Auszüge in der *Luxemburg*.

Du hast zum Wintersemester 1971/72 mit dem Studium der Philosophie, Soziologie und Germanistik in Frankfurt am Main begonnen. War dein Alltag ganz stark durch das Studium geprägt oder auch durch politische Organisation, etwa im Sozialistischen Büro²?

Alex Demirović: Der Alltag war zunächst durch das Studium und einen Job geprägt. Ich musste mich mit meiner damaligen Freundin erst einmal in Frankfurt zurechtfinden und im Studium orientieren. Anfangs hatte ich auch gar nicht das Gefühl, einfach nur studieren zu können. Es machte mir ein schlechtes Gewissen, nur zu studieren. Ich dachte, ich sollte auch jobben, Geld verdienen, den Ernst des Erwachsenenlebens praktizieren, obwohl ich das aufgrund des einigermaßen ausreichenden BaFÖG-Stipendiums gar nicht tun musste. Ich fand es auch toll, ins Kino, ins Theater, in die Oper gehen zu können. Das Studium: das war alles neu und einschüchternd. So begann ein Seminar von Dieter Prokop zu Auguste Comte etwa mit der Frage, die jede_r reihum beantworten musste: »Was ist Dein Erkenntnisinteresse?« Ich hatte keine Ahnung, was ich sagen sollte – das war peinlich. In vielen Seminaren musste man sich so erklären, die Atmosphäre war dann oft verklemmt, die Studierenden redeten wenig, dafür die Dozenten um so mehr – eigentlich alles das Gegenteil dessen, was ich von der Universität erwartet hatte. Die ersten drei Semester habe ich ziemlich intensiv studiert, also Scheine gemacht, viel gejobbt und mich gar nicht so sehr um Politik gekümmert. Aber es war in dieser Zeit durchaus möglich, im weiten Sinn kritisch und marxistisch zu studieren, also in Seminaren Fragen zu verfolgen, die auch für linke Politik unmittelbar relevant und anregend waren. Direkt politisch organisiert war ich nicht, auch nicht im Sozialistischen Büro. Im weiten Sinn fühlte ich mich irgendwo zwischen Sozialistischem Büro und Revolutionärem Kampf,³ aber ich war nicht formelles Mitglied, sofern das überhaupt möglich war. Die Atmosphäre war insgesamt sehr politisiert, es gab Fachschaftstreffen, Teach-ins und Demonstrationen mit vielen hundert oder tausend Menschen: Es ging um Vietnam, um Solidarität mit Angela Davis, um Chile, um staatliche Repression, es gab Demonstrationen gegen den Bau der U-Bahn, gegen Wohnraum Spekulation, zur Unterstützung von Hausbesetzungen und Jugendzentren.

Anfangs war für mich das Studium etwas verwirrend. Ich hatte erwartet, dass der Fachbereich Philosophie an der Frankfurter Universität stark durch Kritische Theorie geprägt wäre. Doch so war das nicht, die meisten

2 Organisation der Neuen Linken, die unter anderem die Zeitschrift *links* herausgab.

3 Gruppe aus dem Umfeld der Student_innenbewegung, in der sich auch Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer engagierten.

Professoren (Bruno Liebrucks, Werner Becker, Herbert Schnädelbach, Arndt Kulenkampff) waren eher distanziert, ablehnend oder etwas von oben her ironisch gegenüber der Kritischen Theorie. Lehrbeauftragte wie Dimitrios Markis, Willi Lautemann oder Dieter Leisegang hatten mit Kritischer Theorie wenig am Hut, auch wenn sie, manchmal wegen ihrer verschrobene Gelehrsamkeit, interessant waren und von ihnen viel zu lernen war. Es gab einige wenige, die allerdings keine Professur hatten: Alfred Schmidt, Frieder Schmidt, Günther Mensching und Peter Bulthaupt, die Themen in der Tradition der Kritischen Theorie anboten: Marx, Nietzsche, Hegels Rechtsphilosophie, französische Frühaufklärer. Zum Seminar von Alfred Schmidt über die *Grundrisse* kamen etwa 700-800 Leute. Adorno galt am Seminar als überholt, seine Auseinandersetzung mit Hegel oder seine Positivismuskritik entsprach angeblich nicht dem Stand der Diskussion, Marx wurde bekämpft. Die Hinwendung zu Wittgenstein, Quine oder Carnap, zur klassischen Philosophie hat mich nicht interessiert. Das galt auch für die sogenannten konstitutionstheoretischen Fragen, wie sie im Anschluss an Sohn-Rethel oder Haag verfolgt wurden, also Fragen nach den materialistischen Bedingungen unserer Kategorien als Ergebnis von Herrschaft seit der frühen griechischen Antike. Die Fragestellung finde ich heute wichtiger als damals und spannend, aber zu philosophisch-allgemein. Der Ökonomismus der Fragestellung führt dazu, so war mein Eindruck, sich mit einer alternativen Begründung doch brav und gelehrt durch den Kanon der Philosophiegeschichte zu arbeiten. Ein bisschen holt uns dieses Problem auch mit den Vorlesungen Foucaults aus den 1980er-Jahren wieder ein. Ich wollte die kritischen Traditionen verstehen und habe dann für mich weiter Marx, Benjamin, Marcuse, Freud und viel zur neueren Geschichtsforschung über die Arbeiterbewegung oder die frühe Geschichte der BRD gelesen. Aber klar, mit Kant und Hegel habe ich mich schon immer wieder beschäftigt. In Marburg, wo ich im Sommersemester 1973 studiert habe, habe ich im Seminar von Hans-Heinz Holz Teile der *Wissenschaft der Logik* gelesen. Angeregt durch einen Freund, mit dem ich dann nach meiner Rückkehr nach Frankfurt auch in einer WG zusammen wohnte, begann ich dann, Texte von Louis Althusser und Nicos Poulantzas zu lesen. Mit einigen Kommilitonen wollten wir Alfred Schmidts Kritik an Althusser und am Strukturalismus nachvollziehen. Die Rezeption von Strukturalismus, Epistemologie, Semiologie – also Foucault, Barthes, Kristeva, Bachtin, Volosinov, Derrida – spielte eine große Rolle. Das war das Denken von '68. Vieles davon haben wir diskutiert und fanden es interessanter, plausibler, konkreter als die Überlegungen von Schmidt oder anderen aus der Kritischen Theorie, die uns zu traditionell erschienen. Diese Diskussionen haben uns in gewisser Weise auch aus der Philosophie hinausgeführt. Wir haben dann die

französische Epistemologie und vor allem Althusser und Foucaults Untersuchungen als weiterführend empfunden. Aus unseren Diskussionen heraus hat dann einer meiner Freunde, Horst Brühmann, sein Buch über Bachelard und Althusser geschrieben.

... bei Schmidt habt ihr die Seminare besucht.

AD: Ja, genau. Schmidt wurde dann endlich 1972, auch nach einigem Engagement der Fachschaft, berufen. Er galt nach seinem Buch über Marx' Naturbegriff und seinem Aufsatz über materialistische Erkenntniskritik, der ein ganzes Forschungsprogramm skizzierte, als jemand, der Bedeutendes zur Kritischen Theorie und zum Marxismus beitragen würde. Es gab auch aber auch in anderen Fachbereichen zahlreiche andere, die der Kritischen Theorie verpflichtet waren. Zusammen ergab das eine Art umfassendes Curriculum in Kritischer Theorie: Jürgen Ritsert, Helmut Reichelt, Hans-Georg Backhaus, Gerhard Brandt, Alfred Lorenzer, Joachim Hirsch, Helmut Brede, Burkhardt Lindner, Gisbert Lepper, Karsten Witte, Alexander Kluge (als Gastprofessor). Das war ein enormer intellektueller Reichtum, und nachträglich habe ich oft gedacht, dass ich das gar nicht ausreichend wertgeschätzt, für viel zu selbstverständlich und dauerhaft gehalten habe. Dass an den Universitäten alles sehr kurzlebig sein und sehr schnell vorbei gehen kann, habe ich damals nicht verstanden. In gewisser Weise war das die Frankfurter Grundlage für meine intellektuellen, aber auch politischen Interessen. Althusser und Poulantzas wurden für mich dann als Philosophiestudent auch systematisch interessant und halfen mir, die Grenzen zu begreifen. Denn Poulantzas' Überlegung, dass der Staat Kohäsionsfaktor ist und alle Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des Staates verdichtet werden, bedeutet ja, dass der kapitalistische Staat der Schlüssel für das Verständnis der gesellschaftlichen Prozesse ist, diese im Staat und den staatsinternen Kräfteverhältnissen ihre Intelligibilität gewinnen. Poulantzas konnte eine Erklärung dafür geben, dass die Kapitalakkumulation und die Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse nicht einfach nur so existieren, sondern dass machtvolle politisch-staatliche Aktivitäten erforderlich sind, die sich nicht funktional ergeben, sondern Ergebnis von fraktionellen Kämpfen unter den Herrschenden sind; dass im Staat, in den Auseinandersetzungen um den Staat, die Erkenntnisprozesse gebündelt werden. Politische Revolution und Wissenspraktiken kommen auf diese Weise in der Staatstheorie zusammen. Das legte nahe, die Philosophie als einen zentralen ideologischen Staatsapparat zu begreifen. Insofern erschien das Buch von Christine Buci-Glucksmann über Gramsci und eine materialistische Theorie der Philosophie für mich 1975 genau zum richtigen Zeitpunkt und machte mich auch neugierig-

rig auf Gramsci – auf den sich auch Alfred Schmidt sehr positiv bezog, der von Althusser aber als Historizist stark kritisiert wurde.

Warst du mit deinem Wunsch nach Revolution in deinem unmittelbaren Umfeld alleine?

AD: Nein, da gab es schon viele Kommiliton_innen, die so dachten. Es gab viele, die in revolutionären, sozialistischen oder kommunistischen Zusammenhängen diskutierten oder aktiv waren. Das war nicht ungewöhnlich, sondern wurde von vielen irgendwie getragen. Der Streit ging eher um die Frage, wie das Ziel einer freien und emanzipierten Gesellschaft erreicht werden könnte. Skeptisch waren die Leute in meinem Fall eher bei meinem Bezug auf Althusser. In Frankfurt war die Wert- und Warenformanalyse stark vertreten durch Backhaus, Hans-Joachim Blank oder Moishe Postone. Demgegenüber galt Althusser als Philosoph der KPF, als praxis- und geschichtsfeindlicher Strukturalist – und der Strukturalismus wurde nach einem Verdikt von Sartre als bürgerliche Ideologie angesehen. Althusser war ein Gegenprogramm. In Frankfurt wurde von einigen vertreten, dass die Theorie von Marx einfach eine Verbindung von Ricardo und Hegel darstellte, eigentlich die ganze Kapitalismuskritik schon in der Rechtsphilosophie von Hegel stünde. Die Kritik der Kategorien Entfremdung und notwendig falsches Bewusstsein, sowie dagegen der starke Akzent auf Klassenkampf bis in die Philosophie und Wissenschaft hinein stellte schon eine Provokation dar. Es war auch eine wichtige Einsicht, dass die Menschen nicht schlechthin autonome Subjekte sind, sondern dass wir uns als Natur erkennen, dass unser Begehren und unsere Subjektivität durch triebdynamische Prozesse, unser Sprechen von diskursiven Formationen, unser Wissen von theoretischen Begriffen und ideologischen Kategorien bestimmt sind. Es ging um eine enorme Ausdehnung des Begriffs der Materialität weit über die ökonomischen Kategorien hinaus.

Gegen wen musstest du dich verteidigen? Gegen dein engeres Umfeld?

AD: Nein, die Idee, dass es um Revolution gehen sollte, wurde von vielen geteilt. Der Bezug auf Marx, auf die »blauen Bände« galt vielen als fad, als abstrakt-theoretisch und hinderlich, vielleicht sogar autoritär. Wenn man sich auf die marxistische Tradition bezog, musste man sich verteidigen. Aber es war auch anders herum so, dass ich, so glaube ich, ziemlich arrogant und mit vielem nicht einverstanden war: Ich fand theoretisch vieles falsch, die Analyse, die Strategie, das Verständnis des Kapitals in wesenslogischen Begriffen, die Theorie der realen Subsumtion, den Verzicht auf eine Klassenanalyse. Es ging um die Frage, wie umfassend der Begriff der Revolution gedacht werden

konnte. Auf einer persönlichen Ebene ist es auch eine Art Ahnung, wenn man Personen erlebt, dass man dann denkt, die meinen es trotz aller radikalen Formulierungen gar nicht so ernst, das ist jetzt zeitgeistiges Gerede, Konformismus, da fehlt der lange Atem. Der Streit wurde oft in strategischen Begriffen ausgetragen: Verfolgt man eine Politik der ersten Person wie die Spontis, lebensreformerische Konzepte (also Ernährung, Erziehung, Gesundheit, Psychotherapie), Bewusstseinsreformen in der Art von Erfahrungsgruppen, eine Politik der Mobilisierung und Straßenkämpfe, ist der Arbeitsfeldansatz des Sozialistischen Büros, ist das Projekt der leninistischen Kaderpartei richtig? Trägt eine Politik der Stadtguerilla wie im Fall der RAF oder der Revolutionären Zellen, ist eine Orientierung auf Gewerkschaften sinnvoll? Sind operaistische Strategien weiterführend: also Arbeitskämpfe der multinationalen Arbeiterklasse und Betriebsarbeit mit eigenen Betriebsratslisten? Es war vermutlich zu rationalistisch gedacht, aber ich und einige Freunde hatten die Vorstellung, dass es gut wäre, verschiedene Aspekte zusammenzubringen: Das Sozialistische Büro war ein guter Ort für zeitgenössische sozialistische Theorie, es gab einen starken Bezug auf die linkssozialistische Tradition vor '68, viele schlaue Intellektuelle wie Oskar Negt, Elmar Altvater, Christel Neusüß, Ursula Schmiederer, Wolf-Dieter Narr, Joachim Hirsch, Jüngere wie Roland Roth, Claudia von Braunmühl, Norbert Kostede, Wolfgang Kraushaar, Bruno Schoch, Detlev Claussen, Dan Diner, Claus Leggewie; das konkrete Engagement in den Kommunen oder Bildungseinrichtungen; in der Sponti-Szene die kulturevolutionäre Subjektivität in neuen Lebensformen; in den K-Gruppen das Moment umfassender Organisation und strategischer Bündelung; in militanten Zusammenhängen der Aktivismus, die Entschlossenheit, die Dinge jetzt und radikal zu verändern, vielleicht auch das existenzielle Moment. Aus der Linken sind viele auch in die Betriebe gegangen. Das fand ich interessant und habe überlegt, das auch zu tun. Aber ich wollte eigentlich erst das Studium beenden, ich fand die theoretisch-wissenschaftliche Arbeit immer spannend und unverzichtbar. Problematisch erschien mir der universitäre Betrieb, das Eindringen der akademischen Logik mit ihrer Konkurrenz und ihren Bewährungsproben in die Logik emanzipatorischer Theoriebildung. Nicht zuletzt deswegen war Marx wichtig: Theorie jenseits der Universität, die Suche nach einem neuen Produktionsverhältnis für die Produktivität radikaler Begriffe und kollektiver Intellektualität. Es war uns ja klar, dass wir viele Fragen der revolutionären Theorie nicht allein, sondern nur kooperativ bearbeiten konnten. Mein Plan war, nach der Promotion zu schauen, ob es möglich wäre, zu Mercedes zu gehen und mich im Rahmen der Plakatgruppe zu engagieren. Ich fand, das war eine der spannenden linkssozialistischen Betriebsgruppen, also Leute wie Willi Hoss, Dieter Marcello oder Tom Adler. Einige von ihnen wa-

ren auch mit dem Sozialistischen Büro, dem Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaften, dem *express* und der industriesoziologischen Forschung im Institut für Sozialforschung verbunden.

Die Subjektivität mit 22 oder 23 Jahren: Du diskutierst, du hast tolle Freunde, Bekannte und eine WG, und da sprechen ganz viele über Revolution. Aber bist du ein Subjekt der Mitausarbeitung? Ist das ein Selbstverständigungsprozess oder wird es dir über das nähere Umfeld aufgedrängt?

AD: Ich denke, es ist nicht in dieser Alternative zu denken. Ja, es ein Selbstverständigungsprozess. Der Wunsch, die linken Positionen, die ich einnahm, selbst noch genauer zu verstehen, die Theorie weiter auszuarbeiten; anders zu leben, sich nicht in ein subalternes bürgerliches Leben einzufügen. Also etwas paradox formuliert: die Person zu werden, die ich meinem Selbstverhältnis schon war. Von der Protestbewegung waren schon viele linke Diskussionen und Texte wiederentdeckt worden, die für historische Alternativen standen, also Texte von Luxemburg, Lukács, Korsch, Kollontai, die Sexpol-Diskussion oder emanzipatorische Bildungs- und Erziehungsansätze, die Literatur über den Spanischen Bürgerkrieg, die neuen Forschungen zum lokalen Widerstand und Jugendkulturen im Nationalsozialismus, Befreiungstheorien aus dem Trikont, internationale marxistische Diskussion, die man auch versuchen musste, in den Originalsprachen zu lesen, weil es keine Übersetzungen gab. Es gab eine ganze Welt der Freiheit zu entdecken, von deren Existenz ich und viele von uns nichts geahnt hatten. Das wurde einem – in einem positiven Sinn verstanden – auch aufgedrängt: das musste und sollte man wissen, aber man kam nicht hinterher, es war manchmal zu viel. Das waren ja gewaltige Herausforderungen, sich selbst und die Welt so umfassend in Frage zu stellen: die Art, wie wir denken, wie wir leben, wie wir Subjekte sind, wie wir arbeiten, wohnen, unsere Sexualität und unsere Beziehungen praktizieren. Das ging so schnell, es war so tiefgreifend – das konnte sich in den Individuen nicht sogleich setzen; all die Einsichten ließen sich nicht in einem kurzen Moment zueignen. Man begriff etwas, aber manchmal rutschte es auch wieder weg, da es sich ja nicht einfach umsetzen ließ und wir in den Widersprüchen der konkreten kapitalistischen Gesellschaft leben mussten. Viele wollten auch nicht so weit gehen, hielten das nicht gut aus, wussten aber auch nicht, wie sie ihre individuellen Möglichkeiten mit den allgemeinen Ansprüchen vereinbaren konnten. Es entstanden dann wiederum Verhärtungen, neue Orthodoxien. Etwas, was ich selbst erst einmal ganz skeptisch gesehen hatte, wurde dann doch wichtig: die feministische Diskussion, Fragen der Ernährung, die Atomkraft und das Erdöl, das Waldsterben. Das alles war Arbeit des Begriffs, es brauchte Zeit, es

war kein linearer Prozess, der eigene Körper, das Denken und Fühlen musste umgebildet werden. Um das zu verstehen, wurde mir Gramsci so wichtig. Dabei ist wichtig zu bedenken, dass die skeptischen Einwände sich oft gegen die Art der Thematisierung richteten. So war in meiner WG niemand gegen die Emanzipation der Frauen und ein anderes Geschlechterverhältnis. Dass es einen ersten linksradikalen Frauen-AStA an der Frankfurter Universität gab, fanden, so denke ich, viele in der Uni-Linken gut. Eher wurde der Separatismus der Geschlechter, der Umgang mit den Widersprüchen, auch manche Naivität kritisiert; kritisiert wurde auch, dass mit der Politisierung des Privaten und des Subjekts der Internationalismus vielleicht zwar nicht verloren ging, aber in den Hintergrund geriet, also auch die Existenz von vielen Studierenden aus dem Ausland, politische Flüchtlinge, Exilierte. Uns erschien es einleuchtend, dass wir ganz polymorphe Begehrensformen und Beziehungsbedürfnisse haben. Es war so die Atmosphäre um einen herum, die immer neue Anregungen erzeugte und immer etwas anderes unselbstverständlich machte. Du gehst in bestimmte Seminare, und bei allen Kontroversen siehst Du Dich bestätigt, dass der Streit lohnt und die Leute in dieselbe Richtung wollen wie Du selbst – ein gemeinsames Projekt, es noch radikaler zu denken und in Frage zu stellen. Du gehst in die Karl-Marx-Buchhandlung, und immer wieder gibt es Neues zu entdecken. Ich erinnere mich an einen Bekannten aus Wien, der mir aufgeregt und karnevalesk von Bachtins Buch über Karneval erzählte; an einen anderen Kommilitonen, der streng Arno Schmidt las und als besonders kompetent in Textsemiologie galt; an einen weiteren Bekannten, der mir nahelegte, ein Buch von Joachim Schickel über die Guerilla oder Carl Schmitt zu lesen. Die Programmkinos, vor allem das neu geschaffene Kommunale Kino in Frankfurt vermittelten eine mir ganz ungeahnte Breite der Filmproduktion, die revolutionäre Kinopraxis, die Produktionsverhältnisse des Films, die politische Bedeutung der Farben, die Ästhetik der Bilder wurden als Gegenstand von Klassenkampf verstanden – man denke an Godard, an die Zeitschrift *Ästhetik und Kommunikation*, die Gruppe Cinéthique. Du triffst Leute, die eine Demo vorbereiten, dann gibt es die Plena des Revolutionären Kampfs am Abend oder Veranstaltungen, auf denen Vertreter von linken Organisationen, etwa Vertreter_innen von Lotta Continua oder MIR,⁴ über die Kämpfe in ihren Ländern berichteten. Es war ein Gefühl, an vielen Orten Teil eines Prozesses zu sein. Das war gleichzeitig auch imaginär. Ich glaube, es ging vielen so ähnlich wie mir. An einigem konnte man teilnehmen, aber man fühlte sich so unfertig. Gleichzeitig waren die Prozesse selbst mächtig, sehr schnell, das verstärkte

4 Lotta Continua war eine 1969 gegründete Gruppe der außerparlamentarischen Opposition in Italien; MIR eine 1965 gegründete linke revolutionäre Gruppe in Chile.

das Gefühl der Unzulänglichkeit, man konnte es nicht einholen. Das machte uns alle umtriebiger und vielleicht auch erschöpfter. Gleichzeitig hatte ich immer wieder das Gefühl, nicht so richtig dazu zu gehören. Das hatte auch mit einer gewissen Intransparenz zu tun, sodass nicht so klar war, wie Stimmungen, Entscheidungen oder ideologische Muster und Präferenzen für Themen oder Personen zustande kamen, was als relevante Literatur oder als Bezug galt. Das, was gestern als ganz wichtig galt, wurde heute schon abgewertet. Es gab außerdem keine nachvollziehbaren organisierenden Zusammenhänge für eine Willensbildung. Es gab die Plena und Teach-ins, auch verdichtete Zusammenhänge, etwa um Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer, um den linksradikalen AStA herum, um Roland Roth oder Wolfgang Kraushaar, das Sozialistische Büro. Das waren eher geschlossene Zirkel. Manche Gruppen waren auch sehr theoriefeindlich (gegen die »blauen Bände«, die Abstraktion) oder ausdrücklich gegen die sozialistisch-kommunistische Tradition. Freund_innen ebenso wie mir erschien das zu unverbundlich, zu wenig mit langem Atem und strategisch gedacht. Als deswegen diese Idee aufkam, eine linkssozialistische Partei aus dem Zusammenhang undogmatischer Gruppen und des Sozialistischen Büros zu gründen, fand ich das interessant.

Wer hat zuerst dazu aufgerufen?

AD: Das weiß ich nicht mehr. Ich denke, es waren einige bekannte Leute aus dem Umfeld der Neuen Linken, dem Sozialistischen Büro, der Berliner Zeitschrift *der lange marsch*. An der Diskussion beteiligten sich Rudi Dutschke, Hans-Christian Ströbele, Peter Brückner, Manfred Scharrer, Johannes Agnoli, viele Leute.

War das die gleiche Initiative, die auch Rudi Dutschke verfolgt hat?

AD: Genau, in diesem Zusammenhang habe ich Rudi Dutschke kennengelernt. Er hat dann gelegentlich bei uns in der WG gewohnt. Ich fand es toll, mit ihm näher zu tun zu haben. Denn es war insbesondere sein Interview mit Günter Gaus vom Dezember 1967, das so etwas wie mein Paulus-Erlebnis war. Ich habe zwar nur wenig verstanden, aber ich wusste, dass ich genau das weiter verstehen wollte – die Kritik am Kapitalismus der BRD, am Reichtum, an den bis in den Alltag spürbaren autoritären Tendenzen. Die Diskussionen über die Frage der Bildung einer sozialistischen Partei hatten einen Vorlauf. Ein erstes überregionales Treffen gab es dann im November 1975 in Berlin; ein weiteres bundesweites Treffen in Hannover, dazwischen auch Treffen lokaler Gruppen. In dieser Zeit, im Mai 1976, haben Christian Kuls und ich auch eine Art

Dokumentation dieser Organisationsdebatte herausgegeben: *Neuorientierung, Neuorganisierung. Zur zweiten Organisationsdebatte in der BRD*. Es erschien in dem von uns in diesem Zusammenhang mit Arno Widmann und Edgar Schöfer gegründeten Verlag *Arndtstraße* als Nr. 1 der Reihe *Arndt-Hefte*.

Warum habt ihr da gleich einen Verlag gegründet und nicht einen der bestehenden linken Verlage für die Veröffentlichung genutzt?

AD: Die Idee dazu hatte Arno Widmann, der auch weitere Bücher verlegen wollte. Uns erschien das attraktiv. Der unmittelbare Grund dafür war, dass der Verlag Neue Kritik den Band nicht publizieren wollte. Der Verlag Neue Kritik war ja der Verlag des SDS gewesen und wurde in dieser Zeit von Dorothea Rein geführt. Sie fand diese Diskussionen politisch falsch und stand einem Parteiprojekt ablehnend gegenüber.

Kannst du das nochmal genauer umreißen? Also da gab es jetzt verdichtete Diskussionen: wir brauchen eine sozialistische Partei, und das war ein Prozess über zwei bis drei Jahre – an welchen Orten?

AD: Es gab solche Diskussionen in Berlin, in Hannover, in Frankfurt, auch in einzelnen Arbeitszusammenhänge des Sozialistischen Büros. Die Situation in der BRD wurde als zweite Restaurationsperiode charakterisiert. Mit dem Wechsel der Kanzlerschaft von Brandt zu Schmidt deutete sich an, dass der bürgerliche Reformaufbruch vorbei war und die Verhältnisse zum neokorporatistischen »Modell Deutschland« konsolidiert wurden – also Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, des Exports, Ausbau der Atomkraft zur Energieversorgung und zum Export der Anlagen. Es gab die DKP und einige K-Gruppen mit ihren rigiden Organisationen und ihrer Orientierung an der Sowjetunion, China oder Albanien. Das Sozialistische Büro war zwar eine große Organisation in der Tradition der Neuen Linken und vertrat eine undogmatische sozialistische Perspektive. Es war eher ein loser Zusammenhang, der wichtige Kampagnen und Konferenzen organisieren, aber nicht strategisch mobilisieren und intervenieren konnte und nicht an Wahlen teilnehmen wollte. Aus der Neuen Linken waren auch vielfach autonome Gruppen und Zusammenhänge entstanden (Verlage, Buchladenkollektive, internationalistisch arbeitende Gruppen, autonome Jugendzentren, Lehrer_innenkollektive, Gefängnisarbeit, Frauengruppen, Gesundheitszentren), aber dadurch erschien sie auch zersplittert in viele lokale und funktionale Initiativen und begrenzt auf Nischen und alternative Ghettos. Berufsverbote, Terroranschläge der RAF oder Bewegung 2. Juni trugen ebenso dazu bei wie die repressiven Maßnahmen, die

im Zusammenhang mit der Bekämpfung der RAF entstanden, sie drängten die undogmatische Linke in eine Defensive. Es kam zu einer Zunahme von Streiks in den Betrieben und der Herausbildung der neuen sozialen Bewegungen. Die Situation legte vielleicht auch nahe, von einer Zuspitzung der Situation und der Gefahr eines neuen Faschismus zu sprechen. Aber mehr ging es darum, eine neue Initiative, einen neuen Aufbruch zu beginnen. Das war eine Zeit tiefer historischer Veränderung: Die Militärdiktatur in Griechenland war zu Ende, 1974 fand die Nelken-Revolution in Portugal statt, im April 1975 stand der Sieg des Vietcong fest, im Herbst 1975 starb Franco, in Italien erschien eine Regierung des historischen Kompromisses möglich. Das markierte das Ende der Epoche des Faschismus und weiter noch, des jahrhundertelange europäischen Kolonialismus.

In Frankfurt gab es einen Diskussionskreis, der sich im Verlag Neue Kritik traf. Ich war vermutlich der Jüngste. Es gehörten dazu Mitarbeiter aus dem Institut für Sozialforschung wie Eckhart Teschner, Frieder Schmidt aus dem Fachbereich Philosophie, die RAF-Verteidiger Armin Golzem und Rupert von Plottnitz. Aufgrund ihrer Tätigkeit hatten ihre Stimmen politisches Gewicht. Mit den anderen Verteidigern der RAF waren sie ständig in der Öffentlichkeit, auf Teach-ins. Sie äußerten sich politisch sehr kritisch zur Rechtsstaatsentwicklung und zur Politik der Linken. Da waren sie, wenn man so will, ganz vorne dabei. Denn es war zu dieser Zeit wohl noch so, dass man die Leute von der RAF als Genossen oder Genossinnen betrachtete. Auch wenn man die Mittel selbst nicht richtig fand, wurden doch die Analysen aus der RAF zur Lage der BRD ernsthaft diskutiert. Es war, so denke ich, für viele eine der auch sehr persönlichen Fragen in der damaligen Situation, ob sie sich einer der Gruppen des bewaffneten Kampfes anschließen sollten. Die staatliche Gewalt, die Gesetzesänderungen, die Haftbedingungen wurden breit kritisiert – es rückte in den Blick, dass es so etwas wie Polizeistراتيجien der Counter Insurgency gab, in die auch polizeiliche Konzepte aus dem nationalsozialistischen Regime oder den Kolonialkriegen eingingen. Deswegen gab es etwas später dann das Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der BRD. In den Diskussionen um eine linkssozialistische Partei ging es um Fragen der richtigen revolutionären Strategie. Manche lehnten das ab, weil sie meinten, das sei historisch und angesichts der staatlichen Repression überholt. Ich selbst hatte die Hoffnung, dass sich die Neue Linke strategisch erneuern könnte und wollte einen solchen Prozess unterstützen. In dieser Zeit dachten viele noch so, dass die Zersplitterung ein Problem darstellte und eine solche Einheit hergestellt werden könnte. Es herrschte eine Verfallsperspektive, erst einige Jahre später änderte sich das Selbstverständnis. Das Patchwork der Minderheiten wurde positiv gesehen. Es wurde auch thematisiert, dass Un-

terdrückung entlang mehrerer Achsen stattfinden kann. Wenn man dabei nicht affirmativ stehen bleiben wollte, also die Vielzahl von emanzipatorischen Praktiken strategisch zusammendenken wollte – ohne irgendetwas auf ein Wesen oder einen wesenslogischen Hauptwiderspruch zu reduzieren, lag es durchaus nahe, auf Überlegungen von Althusser zur Überdetermination und vor allem auf den Gedanken der Hegemonie zurückzugreifen. Deswegen wurden dann ab den 1980er-Jahren die Überlegungen von Gramsci und Ernesto Laclau so wichtig.

Wolltet ihr 1976 bei den Bundestagswahlen antreten? Was war die Strategie? Was für politische Zielsetzungen hast du mit dem Parteiprojekt verbunden? Inwieweit passte das zu deiner Poulantzas-Lektüre?

AD: Ja, ich und einige andere überlegten, ob es möglich wäre, zu den Landtagswahlen in Hessen anzutreten. Es gab in einigen Städten auch eine Zusammenarbeit mit undogmatischen Linken und Linken, die aus der SPD ausgetreten waren oder es tun wollten. Viele fanden solche Bemühungen lächerlich und reformistisch, aber es war die Zeit, in der bereits die ersten alternativen Listen entstanden und für die Kommunalparlamente und Landesparlamente kandidierten. Für mich war mit der Partei die theoretische Überlegung verbunden, von außen Politik gegen den Staat zu machen, aber auch im Inneren des Staates die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Damals kannten wir diese Formel von Poulantzas noch nicht, wonach der Staat die materielle Verdichtung der Klassenverhältnisse und -kämpfe ist. Aber der Gedanke findet sich ja auch in seinen früheren Büchern. Sein Buch über die »Krise der Diktaturen« von 1975 war ja von besonderer Bedeutung, weil er darin zeigte, dass durch die Kämpfe von außen sich staatsinterne Widersprüche verschieben und zu effektiven Brüchen in der bürgerlichen Herrschaft führen konnten. Das war eine viel konkretere Strategie als die Forderung nach der Zerschlagung des Staates (»Smash the State«, wie es in großen Lettern an der Wand des Juridikums der Frankfurter Universität jahrelang zu lesen war) oder allein der Protest auf der Straße, der den Druck auf die Regierungen allein von außen und vermittelt über die bürgerliche Öffentlichkeit erhöhen will. Der Staat ist ein zentrales Gebiet des Kampfes, die Konflikte werden auf dieses Terrain geholt, und dort werden sie in den verschiedenen Apparaten zum Gegenstand von fraktionellen Kämpfen gemacht. Nach meinem Verständnis war die Gründung einer linkssozialistischen Partei ein Weg, weiterzukommen und bestimmte Widersprüche, in denen sich die Linke bewegte, zu politisieren und damit offensiv umzugehen. Das war auch eine praktische Kritik, eine Auseinandersetzung mit bestimmten theoretischen Positionen. Wie denkt man eigentlich

die konkrete Analyse von Klassenkämpfen, Akkumulationsdynamik und Logik des Kapitals zusammen? An dieser Frage arbeitete Joachim Hirsch mit einigen Jüngeren wie Christoph Köhler, Werner von Auw, Claudia von Braunmühl oder Margit Mayer.⁵ Das unterschied diesen Diskussionskontext von der damaligen PROKLA-Redaktion, die nach unserer Frankfurter Wahrnehmung eher einen Systembegriff des Kapitals hatte; der Staat sollte das Allgemeininteresse des Kapitals sichern, indem er die allgemeinen Reproduktionsbedingungen zur Verfügung stellte, was den Einzelkapitalen und dem Markt nicht möglich war. Die Klassenkämpfe, die Geschichte traten von außen hinzu. Für mein theoretisches Verständnis der Aufgabe der materialistischen Theorie waren das sehr prägende Diskussionen. Ich fand, dass Poulantzas diese Frage, wie der Klassenkampf in die Logik des Kapitalverhältnisses hineinzudenken war, am besten löste. Joachim bot mit seinen Kolloquien einen guten Rahmen, diese Fragen zu erörtern und sie dann auch in den Begriffen der Regulationstheorie weiter zu denken, selbst wenn ich seine eigenen Antworten oft nicht überzeugend fand. Wir hatten auch einen Dissens hinsichtlich der Politik. Er kritisierte die Parteiform, den Parlamentarismus, die Gewerkschaften. Für ihn waren das massenintegrative Apparate, keine Orte, an denen Klassenkämpfe stattfanden. Deswegen sollte man sich darauf nicht einlassen, weil man nur integriert würde. Ich meinerseits dachte, dass mit der Weiterentwicklung der Staatstheorie durch Poulantzas und einem kritischen Verständnis der Partei und der politischen Widersprüche auch strategisch etwas Neues ausprobiert werden könnte. Im Rückblick lässt sich vielleicht sagen, dass beides stimmt: SPD und Grüne, ja selbst die CDU haben vieles integriert, gleichzeitig aber auch vieles aufgegriffen und umgesetzt. Dies hat dann seit den 1990er-Jahren zu einem Transformismus und einem Umbau der kapitalistischen Gesellschaft geführt.

Es gab also tatsächlich Leute, die die Vorstellung hatten, 1976 oder 1977 zu Wahlen anzutreten. Dutschke sah das positiv und hielt es für notwendig. Aber er sah seinen Einfluss auch schwinden und hatte den Eindruck, dass die Vorstellung einer Parteigründung keine Eigendynamik entfaltete, die Widerstände zu groß waren. Dann kam er einmal direkt aus Bonn nach Frankfurt. In Bonn hatte er sich mit Vertretern der SPD und Herbert Wehner getroffen, der zu dieser Zeit Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion war. Wehner hatte ihm deutlich signalisiert, dass die SPD eine solche Parteigründung nicht dulden und sie kriminalisieren würde. Für mich ergab sich daraus der Eindruck, dass Dutschke selbst das Projekt nicht mehr weiter verfolgen wollte.

5 Siehe den entsprechenden Beitrag von Joachim Hirsch (1976): Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9. Frankfurt/M.

Wieso ist Rudi Dutschke da eingeknickt? Hat er sich im Ernst von Wehner einschüchtern lassen?

AD: Naja, einknicken ist vielleicht nicht das richtige Wort. Ich denke, er sah da keine Chance mehr. Die linken Zusammenhänge veränderten sich stark. Es kamen neue Themen auf, andere Akteure, die Zeit der 68er-Generation war in gewisser Weise vorbei. Die, die noch entsprechende Fragen verfolgten, arbeiteten daran wissenschaftlich und waren häufig mit ihren beruflichen, akademischen Karrieren oder mit Familiengründung beschäftigt oder in ihre politischen Zusammenhänge eingebunden. Es entstand ein neuer Aktivismus, der Dutschke beeindruckte – etwa die Proteste gegen den geplanten AKW-Bau in Wyhl, also Proteste von Bürger_innen häufig in ländlichen Gebieten, die gegen gefährliche Technologien und Industrieansiedlungen antraten. Das war ein neues Bündnis von Stadt und Land, auch ein anderer Konfliktgegenstand: Technologie und Industrieentwicklung. Dutschke sah die Zukunft eher in der Alternativ- und Umweltbewegung. Er hatte dann auch engere Verbindung zu Milan Horáček, einem jungen Exil-Tschechen, der als Lehrling während des Prager Frühlings eng mit den Reformern verbunden war und dann nach Frankfurt emigrierte. Er war mit Jutta Ditzfurth und Manfred Zieran verbunden, sie gründeten 1978 die Grüne Liste Hessen und waren dann auch an der Gründung der Partei Die Grünen beteiligt.

Hätte er es denn machen müssen oder gab es auch andere, die das hätten tun können? Du hast ja ziemlich prominente Leute genannt.

AD: Ich denke, es hing schon viel von Dutschke ab. Aber die meisten, mit denen er gerechnet hatte, wollten letztlich nicht.

Rückblickend erscheint es ja paradox, dass im Sozialistischen Büro viele bei der Gründung einer linkssozialistischen Partei nicht mitziehen wollten, dass dann aber wenig später die grüne Partei gegründet wurde.

AD: Ja, das stimmt. Rückblickend hatte ich den Eindruck, dass der Vorbehalt gar nicht so sehr gegen das Engagement in der Form von Partei und Parlament gerichtet war, sondern eher gegen die sozialistische Zielsetzung, denn viele in der undogmatischen Linken waren ja dann in den 1980er-Jahren und mit dem zunehmenden Erfolg der Grünen durchaus bereit, Mitglied dieser parlamentarischen Partei werden sowie Mandate und Ämter zu übernehmen. Zeitweise war es auch lustig und betrüblich zu sehen, was für ein Run auf die Posten einsetzte, die die Grünen zu vergeben hatten. Bei dem Streit zwischen

Realos und Fundis ging es auch um solche trivialen, politisch aber entscheidenden Aspekte: Politische Fragen sind eben Personalfragen. Historisch war es vielleicht nicht möglich, aber eigentlich wäre es politisch ehrlicher gewesen, wenn sie gesagt hätten, sie wollten keine *sozialistische* Partei. Letztlich waren die Grünen auf diese neue politische Praxis in den Parlamenten und Verwaltungen nicht gut vorbereitet, ihre politische Theorie war noch sehr geprägt von der Kritik der APO. Entsprechend wurde eine Weile dann noch experimentiert mit parlamentarismuskritischen Praktiken. So wurden die Grünen als Anti-Parteien-Partei definiert, es galt die Trennung von Parteifunktion und Mandat, die Rotation, die Basisdemokratie. Überdies vertraten die Grünen, dass sie nicht links, nicht rechts, sondern vorne seien, ihre Kritik zielte auf den Industrialismus. Das war auch eine Kompromissformel für die konservativen und rechten Naturschützer_innen, die an der Gründung beteiligt waren, war dann aber folgenreich. Mit der Bildung der Grünen kam es letztlich doch zu so etwas wie einer erneuten Vereinheitlichung der '68er-Generation. Die Wege kamen wieder zusammen: also Kommunistischer Bund – etwa Jürgen Reents, Jürgen Trittin, Thomas Ebermann, Rainer Trampert, Gabi Gottwald – und Kommunistischer Bund Westdeutschland – Joscha Schmierer gab dann die *Kommune* heraus, eine der wichtigen und interessanten Theoriezeitschriften im Umfeld der Grünen – sowie das linksradikale, autonome Milieu etwa des Revolutionären Kampfes – prominent vertreten durch Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer. Es ist bemerkenswert, dass diese Gruppe dann nach harten Auseinandersetzungen auch die Führung in den Grünen übernahm.

Wie ist dieses Umschwenken zu erklären? Ist es die Erfahrung des »Deutschen Herbstes«, die da dazwischen liegt?

AD: Ja, schon. Der »Deutsche Herbst« spielte eine große Rolle. Aber es gab ja schon zuvor relevante Ereignisse. Nach dem Tod von Ulrike Meinhof 1976 wurde auf einer Demo in Frankfurt ein Polizist schwer verletzt, was die Sponti-Szene ziemlich erschütterte. Im April 1977 wurde Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordet, im Juli Jürgen Ponto, der Vorstandssprecher der Dresdner Bank. In einem Pamphlet wurde anonym von einem Göttinger Mescalero geäußert, dass er »klammheimliche Freude« über den Tod von Buback nicht verhehlen könne. Diese öffentliche Erklärung wurde als Unterstützung einer terroristischen Organisation verstanden und strafrechtlich verfolgt. Dass der Mescalero-Artikel eigentlich gegen die terroristische Politik geschrieben war und dafür eintrat, dass der Weg zum Sozialismus nicht mit Leichen gepflastert sein dürfe, ging in der politischen Aufregung unter. Unterstützer_innen des Artikels, die für eine kritische öffentliche Diskussion eintraten, wurden massiv

unter Druck gesetzt, Peter Brückner wurde als Hochschullehrer vom Dienst suspendiert. Die harte Repression und innerstaatliche Feinderklärung verunsicherten die Linke. Auf linke Wissenschaftler_innen wurde erheblicher Druck ausgeübt, sich auch mit Unterschrift zur Verfassung zu bekennen. Das führte zu öffentlichen Kontroversen, denn es war für viele von uns nicht nachvollziehbar, dass führende Kritiker_innen des BRD-Kapitalismus und seines Staates zu einer solchen Loyalitätsbekundung bereit waren. Dies wies darauf hin, wie verletzlich die Linke war, die ja in erheblichem Maße universitär verankert war. Dann entführte die RAF Anfang September 1977 Hanns Martin Schleyer und zahlreiche polizeilichen Maßnahmen folgten, mit dem Kontaktsperregesetz und der Veränderung der Strafprozessordnung wurde die Antiterrorgesetzgebung weiter ausgebaut. Zwar wurde die Situation als ein nichterklärter Ausnahmezustand verstanden; und sicherlich wurden mittels dieser Repressionen die Herrschaftsverhältnisse stabilisiert und Protest kanalisiert. Allerdings bestätigte sich die Befürchtung nicht, es könnte zum autoritären Staat und zum Faschismus kommen. Die Situation gab in der Linken Anlass, die demokratische Verfassung wieder ernster zu nehmen. Denn es wurde auch klar, dass eine bloß ironisch-distanzierte oder instrumentell-taktische Haltung zu den bürgerlichen Freiheitsrechten keine konsistente, glaubwürdige, längerfristige Politik erlaubte. Das hat also sicherlich dazu beigetragen, Proteste in die Institutionen hinein zu kanalisieren. Aber es entsprach auf einer anderen Ebene auch konkreten Erfahrungen. Es war erforderlich, dass die vielen lokalen Proteste, die veränderten Lebensweisen und öffentlich geführten Debatten eben auch zu anderen staatlichen Praktiken, zu Gesetzen und staatlichen Steuerungen führen mussten. Denn ansonsten würden die Proteste oder auch kurzzeitige Erfolge immer wieder verpuffen. Es drängte sich auf, dass eine linke und umweltkritische Politik auf den Gesetzgebungsprozess selbst direkt Einfluss nehmen musste, nachdem klar wurde, dass die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD auf den Ausbau der Atomkraft, auf Großprojekte und auf umweltfeindliches Wachstum nicht verzichten würden. Es ging also darum, parlamentarische Mehrheiten zu erlangen und die Kämpfe in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft auch in die politischen Institutionen zu tragen, die Parlamente als Bühne zu nutzen, die großen Kompetenzen von Aktivist_innen der neuen sozialen Bewegungen zur Geltung zu bringen und auf längerfristige Veränderungen hinzuwirken.